

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 2

48. Jahrgang

Februar 1994

*Wenn es schlecht geht, macht sich in der
Öffentlichkeit tiefverwurzelte Staatsgläubig-
keit bemerkbar.*

Herbert Kremp

Erstarrtes Deutschland?

Eine „Kulturrevolution“ bräuchten wir, meinte unlängst *Norbert Blüm* in einem Beitrag für die „Zeit“ (13.1.94). Der Bundesarbeitsminister geißelte die Schläfrigkeit der Unternehmer, die Unbeweglichkeit der Tarifpartner, die Umständlichkeit in der öffentlichen Verwaltung, die gegenüber den Japanern viel zu langen Entwicklungszeiten bei neuen Produkten, das „Kolonnendenken“, das höchstens ins 19. Jahrhundert paßte, das Deutsche aber selbst an der Schwelle zum 21. noch nicht los würden.

Drastisch, wie man es nur bei ihm gewohnt ist, wettete Blüm gegen die veraltete Arbeitsorganisation, gegen verkrustete Hierarchien, über „bürokratische Wichtigtuerei“, von der es in manchen Großbetrieben mehr gebe als in dem ansonsten zu Recht attackierten öffentlichen Dienst, über die Vergeudung von Produktivitätsressourcen am Arbeitsplatz.

Verkrustete Leitbilder?

Man kann dem Bundesarbeitsminister nur schwer widersprechen, z. B. in der für die nähere Zukunft schlechthin entscheidenden Frage der Beschäftigungspolitik.

Niemand bestreitet es: Die Arbeitslosigkeit wird auch dann noch zunehmen, wenn sich die Konjunktur bereits wieder erholt hat. Wer Konjunkturaufschwung und Beschäftigungszuwachs zur Zeit auch nur indirekt gleichsetzt, führt bewußt oder unbewußt in die Irre. Wir werden nach heutigen Maßstäben auch auf lange Sicht keine Vollbeschäftigung haben. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze ist (in den westlichen

Bundesländern) zwar immer noch höher als zu Beginn der achtziger Jahre, aber das Arbeitsvolumen insgesamt – also die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden – ist stetig zurückgegangen. In der gleichen Zeit hat allein die Erwerbstätigkeit der Frauen um 1,5 Mio. zugenommen.

Natürlich bleibt eine blühende Wirtschaft, damit Wachstum, die wichtigste Grundlage für Beschäftigung. Aber durch den Einsatz exponentiell produktivitätssteigernder Maschinen wird mehr Arbeit freigesetzt, als in neuen Produktionsfeldern unter dem Einsatz ständig neuer Techniken an Nachfrage nach Arbeit nachwachsen kann. Die Arbeitsplätze, die z. B. im Pflegebereich, im Beratungswesen, in den privaten Haushalten, in der Kommunikationsindustrie, über Umwelttechniken neu entstehen, werden kaum die Arbeitsplätze ersetzen können, die durch die jetzt – notwendigerweise – forcierten Rationalisierungsmaßnahmen besonders im verarbeitenden Gewerbe, aber auch bei den Dienstleistungen – Büroberufe – entfallen.

Ein wirksamer Weg aus der hohen Sockelarbeitslosigkeit kann nur eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung mit mehr Teilzeitarbeit sein. Wenn es zutrifft, daß zwei Mio. Vollzeitbeschäftigte oder Arbeitsuchende sich mit einem Teilzeitarbeitsplatz zufriedengäben, dann wird zwar auch damit noch keine Vollbeschäftigung geschaffen, aber doch sehr viel mehr bewirkt als mit allen Debatten über zweite Arbeitsmärkte oder mit allen vom Kern des Problems ablenkenden Bekenntnissen zu den beschäftigungspolitischen Selbstheilungskräften des Wachstums.

Zweite Arbeitsmärkte, die es ja in variantenreichen Formen in jeder modernen Wirtschaft ohnehin gibt, würden, staatlich gefördert und reguliert, sich noch nachteiliger auf den ersten Arbeitsmarkt auswirken, als sie es ohnehin tun. Und daß Wachstum kein Selbstzweck sein kann und rein quantitatives Wachstum nicht einfachhin als wünschenswert und segensreich anzusehen ist, sollte jenseits aller zu bewältigenden Umweltprobleme auch in Rezessionszeiten nicht völlig vergessen werden.

Warum also nicht konsequent den Weg der *Arbeitszeitflexibilisierung* und der *Teilzeitarbeit* gehen: weg von der starren Wochenarbeitszeit hin zur Jahres- und Lebensarbeitszeit, stärkere Ausdifferenzierung nach Zweckmäßigkeiten bei entsprechend angepaßter Lohngestaltung. Blüm hat recht: „Sonntags auf ihren Festveranstaltungen schwärmen die Arbeitgeberfunktionäre von Flexibilität und Teilzeit, werktags machen sie nichts oder so gut wie nichts dafür.“ Wird der doppelte Vorteil, die Verteilung von mehr Arbeit auf mehr Nachfragende und die damit verbundene familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitszeiten überhaupt nicht gesehen? Ist da nur Bequemlichkeit im Weg oder verhindern – eingestanden oder uneingestanden – auch verkrustete Leitbilder die Entscheidung für eine neue Praxis?

Eine sich selbst versorgende Privilegiengesellschaft

Ein weiteres Beispiel: *Existenzgründungen*. Neue Existenzgründungen sind ein zentraler Indikator für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Existenzgründer sind Pioniere bei der Erschließung neuer Produktfelder und neuer Märkte. Existenzgründungen geben Auskunft über den Grad der Risikobereitschaft in der Bevölkerung, über die Bereitschaft der einzelnen, sich selbständig zu machen und Verantwortung auch für andere zu übernehmen, und natürlich auch über die Bereitschaft von Kapitalgebern, von Banken, Kreditinstituten und Genossenschaften, Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Gegenüber beiden muß die öffentliche Hand durch Kreditverbilligungen und Bürgschaften kräftig nachhelfen. Dennoch bleiben Existenzgründungen Mangelware, wird verfügbares Kapital nur zögerlich in Anspruch genommen.

Ist daran nur das übliche, zur Zeit heftig ansteigende Jamern von Mittelständlern über die Steuerlastquote und die hohen – weitgehend tarifbedingten – Lohn- und Lohnnebenkosten, über die engen Umwelt- und allgemeinen Verwaltungs- und Genehmigungsvorschriften schuld, oder hat die Angestelltenmentalität sich bereits so sehr in die Gesamtgesellschaft hineingefressen, daß junge Menschen sich gar nichts mehr anderes vorstellen können, als einen Job bei IBM, bei Siemens, bei Telekom, als Studienrat oder gar bei der Arbeitsverwaltung, daß der Gedanke des Sichselbständigmachens als Idee und Chance erst gar nicht aufkommt? Eine studierte Germanistin ist ganz entsetzt, als ihr ein Kol-

lege aus der sog. freien Wirtschaft keine klare Auskunft geben kann, ob in seiner Branche die Wochenarbeitszeit nun 40 oder 37,5 Stunden beträgt. Ihr schien das ungefähr das Wichtigste zu sein. Ein Einzelfall? Gewiß nicht, solange ganze Parteien und Fraktionen sich wegen der Frage beinahe spalten, ob der Verzicht auf die einmal unter günstigeren Etatbedingungen vereinbarte Kürzung der Lehrerarbeitszeit um eine Stunde zumutbar ist oder nicht und solange Funktionäre des Philologenverbandes wegen einer Stunde oder halben Stunde mehr Arbeitszeit ihrer Kollegen gleichsam die Schulwelt untergehen sehen.

Die Frage ist statistisch schwer zu erhärten und insoweit hypothetisch, aber vielleicht ist es doch an der Zeit zu überlegen, wie weit die *übermäßige Produktion an Akademikern* mit ihren Ansprüchen an Prestige, Posten und Freizeit zur inneren Erstarrung der Gesellschaft beiträgt und wie weit Unternehmen dabei Hebammendienste leisten, indem sie auch für Positionen, in denen es weder notwendig noch sinnvoll ist, Abiturienten und Uniabsolventen gegenüber dem eigenen Ausbildungsnachwuchs den Vorzug geben.

Ein anderer Punkt fällt statistisch stärker ins Auge: Laut einer Aufstellung des Statistischen Bundesamtes marschiert Deutschland auf dem Wege in die *Singles-Welt* ganz vorne mit – überholt nur von den Skandinaviern, aber schon Franzosen, Italiener, Briten und selbst Amerikaner weit hinter sich lassend. Ein gutes Drittel aller Haushalte in Deutschland sind Einpersonenhaushalte (in den großen Städten sogar an die 50 Prozent), in den individualistischen USA immerhin nur ein Viertel.

Lähmt die Vereinzelnung die Entwicklungspotentiale einer Gesellschaft? Auf jeden Fall werden Bindekräfte zerschlagen, wird der Zusammenhalt geschwächt, kommt es zu einer Ausdünnung sozialer Beziehungen, werden existentielle Probleme durch die dann fehlende umgebende Gemeinschaft nicht aufgefangen, sondern auf die Gesellschaft oder unmittelbar auf den Staat projiziert. Politikverdrossenheit statt gesellschaftlich dynamisierendem Teamgeist? Ideen bedürfen, um sich entfalten zu können, der Gemeinschaft, Studien- und Arbeitsplatz können jedenfalls nicht ersetzen, was im persönlichen Raum an Sozialisation ausfällt. Der Ego-Trip verschärft die Singularisierung. Die Selbsterfahrungsgruppe ist kein Innovationsinstitut. Privatisieren ist das Gegenteil gesellschaftlicher Dynamik.

Aber Zeichen der Erstarrung kommen nicht bloß von den Fuß- und Rheumakranken einer selbstgenügsam gewordenen Angestelltengesellschaft. Das zeigen zwei Beispiele ganz anderer Art: der Umgang mit den durch die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte erzwungenen Sozialstaatskorrekturen und die ewig auf der Stelle tretende Diskussion über den Wertewandel.

Eine handliche Argumentation, mit der Kürzungen beim Arbeitslosengeld oder das Einfrieren der Sozialhilfe begründet werden, lautet: Die Masse macht's, Kürzung bei Großverdienern oder die Anhebung von Steuern bei Besserverdienenden befriedige nur den Sozialneid, erbringe aber

nicht die nötigen Einsparungen. Abgesehen davon, daß auf diese Weise verdrängt wird, daß so Kaufkraft gerade dort zusätzlich weggenommen wird, wo wegen des schmalen Geldbeutels und der geringen Ersparnisse Kaufkraft am schnellsten dem Konsum, damit dem Markt, zugeführt würde, gäbe es noch genügend dringend abzubauen, durch Interessenverbände aber wohlgeschützte Steuerprivilegien und unproduktiv vergeudete Subventionsgelder (Beispiel Steinkohlebergbau, teilweise Landwirtschaft), deren Kappung nicht nur Geld in die öffentlichen Kassen bringen, sondern Innovationen geradezu erzwingen müßte. Wir haben zur Zeit große Stammtischdebatten über Sozialmißbrauch. Diesen gibt es gewiß zum Teil, zum kleineren Teil. Der viel größere Mißbrauch ist aber zur Zeit, daß sich viele Unternehmen auf Kosten der öffentlichen Kassen und der Solidarsysteme entlasten, indem sie en gros in die Arbeitslosigkeit entlassen oder Mitarbeiter scharenweise in den Vorruhestand schicken oder – auf der anderen Seite – durch Beschäftigung von Schwarzarbeitern Steuern sparen.

Und nicht zu vergessen der öffentliche Dienst. Der öffentliche Dienst, voran die Beamtenschaft, heult auf wegen einer ihm eventuell zugemuteten formellen oder doch faktischen Nullrunde, obwohl auch im öffentlichen Dienst – mit Ausnahmen – ohne dienstliche Überforderung – mit Ausnahmen auch da (Krankenschwestern, Polizisten) – ganz gut gelebt, und selbst der Wegfall von Beförderungsstufen und niedrigere Eingangsgehälter angesichts der Sicherheit des Arbeitsplatzes keine soziale Untat wären.

Und noch ein Punkt von ganz anderer Art: unser enervierendes Reden vom *Wertewandel*, politisch und moralisch meist beklagt als Wertezersfall! Was aber ist Wertewandel? Im Kern nichts anderes als die Auswirkungen des gesellschaftlichen Strukturwandels auf Grund technischer und wirtschaftlicher Innovationen auf menschliches Verhalten. Die wirtschaftlichen und technischen Ressourcen beeinflussen die Sozialstruktur, z. B. die Struktur und Leistungskraft der Familie; es ändert sich mit stufenweise angehobenem Freiheitsniveau das Bindungsverhalten, und dieses wirkt auf die Familie und die am Familienleben Beteiligten zurück. Warum aber über den Verfall der Familie und über das „aussterbende“ Deutschland klagen bei gleichzeitigem Schüren von Zuwanderungsängsten und nicht die Familie konsequent stützen in ihrer Erziehungs-, Binde- und Leistungskraft, nicht auf der Grundlage der alten Großfamilie, sondern unter den Voraussetzungen, unter denen heute Familie existiert, Kinder zur Welt kommen und Menschen aufwachsen: Absicherung der Mütter durch Erziehungsgeld und höhere Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Altersrente, familienergänzende Erziehungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Ganztagschule, familien- und erziehungsfreundliche Arbeitszeiten, Förderung privater Selbsthilfeeinrichtungen vor allem bei der Nachbarschaftshilfe, die Nachbarn zusammen- und Kleinfamilien und Alleinerziehende aus ihrer Isolierung herausführen. Wir begeistern uns für technische Innovationen, erschrecken aber über jede Veränderung im Sozialen so sehr, daß wir vergessen, rechtzeitig die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Schließlich: die *staatliche Einheit*. Sie ist Deutschland auf den Kopf gefallen, und viele tun heute noch so, als wäre ihnen davon schwindlig. Natürlich! Die deutsche Wiedervereinigung bedeutet Lasten. Die öffentlichen Haushalte institutionell und der Steuerzahler persönlich bekommen sie mitten in der Rezession doppelt zu spüren. Die Lasten der Vereinigung sind nicht in wenigen Jahren zu schultern. Wen wundert's, wenn im Westen gegrummelt wird, die Opfer seien drückend, und im Osten die Meinung zu hören ist, man verlange von den Menschen, die für die Nazidiktatur und den verlorenen Krieg gleich dreimal büßen müßten – durch die Kriegszerstörungen und die russische Besetzung, während der 40 Jahre DDR unter dem SED-Regime und jetzt während des nachgeholt Wiederaufbaus unter der Knute westlicher Besserwisser.

Aber dies ist von Westdeutschland aus betrachtet und auf Gesamtdeutschland bezogen nicht der Kern des Problems, höchstens ein Symptom dafür. Der eigentliche kritische Punkt ist vielmehr eine Haltung, die so tut, als sei nur ein Stück Land dazugekommen mit den bekannten, aus dem realen Sozialismus herrührenden Problemen; ansonsten habe sich nichts geändert, nichts im Verhältnis zur alten Bundesrepublik, nichts für die Menschen am Rhein und an der Waterkant, nichts in Europa und nichts für Deutschland in der Welt.

Die Kirchen müssen nicht zuschauen

Das angelaufene Jahr wird für Deutschland ein kompliziertes Jahr werden, nicht nur wegen der vielen anstehenden Wahlen und der dabei möglichen, unwiederbringlichen Verschiebungen in der politischen Landschaft. Der *Strukturwandel*, dessen Unumgänglichkeit die Rezession des vergangenen Jahres an vielen Stellen offengelegt hat, muß beschleunigt werden. Auch wenn sich die Tarifverhandlungen bislang vernünftig anlassen, die sozialen Spannungen werden zunehmen. Zehn Prozent Arbeitslose muß eine verwöhnte Republik erst einmal verkraften.

Auch der *Weg nach Europa* muß mental erst freigeschaufelt werden. Je näher Europa, und zwar keineswegs nur in Form von enggefaßten Euronormen, rückt, um so größer werden die Ängste. Den Menschen muß erst klar gemacht werden, daß Europa kein bloßes Wirtschaftsgebilde mit bürokratischen Fangarmen ist, sondern eine den Kontinent umfassende Ordnung für ein friedliches Zusammenleben in kultureller Vielfalt ohne politische und ethnische Apartheid.

Mit einem Wort: Das Land muß für seine Aufgaben erst wieder gewonnen werden. Wer dies schafft, wer die politische und moralische Kraft dafür aufbringt, wird Gelegenheit haben, dem Lande auch künftig zu dienen. Auch die Kirchen müssen dabei keine bloßen Zuschauer sein. Ihr gesellschaftliches Gewicht wird um so größer oder um so kleiner sein, je mehr oder je weniger sie zum notwendigen Klärungsprozeß beitragen.

David Seeber